

Kreistagssitzung 16.11.2015

## **Haushaltsrede**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das Krankenhaus bestimmt die Kreisfinanzen und die Flüchtlinge bestimmen täglich unsere Gespräche, unsere Gedanken.

Herr Dr. Sigel, ich denke, Sie haben sich die ersten 100 Tage im Amt als Landrat auch anders vorgestellt. Kompliment, Sie sind alle Herausforderung beherzt angegangen.

Lassen Sie mich zuerst auf einige andere Punkte eingehen.

Mobilität in der Region Stuttgart ist für den Berufs- als auch für den Freizeitverkehr von großer Bedeutung. Die Feinstaubwerte im Großraum Stuttgart konnten bisher nicht wesentlich gesenkt werden. Von Seiten der EU drohen Verfahren, die bis hin zu Fahrverboten gehen könnten. Wir Grüne setzen nicht nur auf den weiteren Ausbau des ÖPNV, sondern auch auf eine gute Kombinierbarkeit von Wegen, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto zurückgelegt werden können. Also Mobilität in allen Formen, vor allem E-Mobilität aus regenerativer Energie. Bei den kommenden ÖPNV-Ausschreibungen sollte das Thema Hybrid- und E Busse zwingend angegangen werden.

Es hat sich leider gezeigt, dass Teile der Automobilindustrie die Probleme des Feinstaubes nicht ernst nehmen. Ist das die Freiheit die sie meinen, wenn sie von Regelungswut des Staates sprechen? Lügen und betrügen? Die Menschen und Behörden für dumm zu verkaufen? Ich geh mal davon aus, dass wir in Baden-Württemberg hier unter einem guten Stern stehen!

Klimaschutz ist nicht nur für Bündnis 90/DIE GRÜNEN wichtig, sondern für alle Menschen in der Welt. Wir haben im Rems-Murr-Kreis schon sehr viele Maßnahmen umgesetzt und ein umfangreiches Klimaschutzprogramm aufgestellt, das kontinuierlich weiter entwickelt werden muss. Unserem großen Ziel, hin zu einem energieautarken Landkreis, können wir nur mit dem Ausbau von regenerativen Energien, Einsparungen beim Energieverbrauch und umweltverträglicher Mobilität erreichen. Dazu können der Landkreis, die Gemeinden und jeder Einzelne unserer Bürgerinnen und Bürger beitragen. Im letzten Kreistag haben wir erneut Mittel für den Klimaschutz für die kommenden drei Jahre beschlossen. Auch wenn es bei den einzelnen Maßnahmen noch Veränderungen gibt, ist es uns wichtig, dass diese Mittel auf jeden Fall für den Klimaschutz verwendet werden.

Bestrebungen, den Mönchhof zu privatisieren erteilen wir eine klare Absage. Wir stehen für den Erhalt des Mönchhof beim Landkreis und die energetische Sanierung. Er soll zum Klimaschutz- Vorzeigemodell ausgebaut werden und gleichzeitig ein Freizeitangebot bleiben, dass sich Alle leisten können.

Tourismus spielt bei uns im Rems-Murr-Kreis eine große Rolle. Die Zahl der Touristen, die in Deutschland Urlaub machen steigt und sie sind eine zahlungskräftige Gruppe, die auch manchen Euro im Rems-Murr-Kreis lassen. Mit dem Erlebnispark „Eins und Alles“ der Laufmühle und der Waldbahn möchte ich nur zwei der vielen Perlen nennen, die es sich lohnt im Rems-Murr-Kreis anzusteuern. Eine Fahrrad- Wanderverbindung, die in Welzheim beginnt, würde den Gedanken der Identitätsbildung zwischen Rems und Murr aus unserer Sicht verbessern. Ein Weg von Welzheim über das Leintal, den Aichstrutsee, Kaisersbach, Rotenmad, Mettelbach nach Fornsbach. Dort besteht dann die Option die Zugverbindungen zu nutzen. Wer weiterradeln möchte hat Anbindungsmöglichkeiten an den Murrtalradweg (Fornsbach-Murrhardt-Backnang) oder an das Freizeitfahr-

radnetz des Kochertales über den Waldsee ins Rottal. Derzeit fehlt es noch an einer guten Beschilderung dieser Möglichkeiten. Das sollte der Kreis dringend nachholen.

Die Kreismedienzentren wurden Gegenstand von verschiedenen Überlegungen. Gut. Dazu haben wir einen Antrag gestellt mit dem Ziel, die bisherigen Strukturen zu hinterfragen und zu untersuchen. Auf dieser Basis kann dann ein, auf heutige Anforderungen abgestimmtes, zukunftsfähiges Konzept für ein Kreismedienzentrum Rems-Murr entwickelt werden.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt, die sog. Industrie 4.0, verändert ganze Arbeitswelten in der Industrie, aber auch in kleinen Unternehmen und im Handwerk. Daher ist es wichtig, dass unsere Auszubildenden der dualen Ausbildungsgänge in unseren Berufsschulen darauf optimal vorbereitet werden. Wir Grünen unterstützen mit einem Antrag die Teilnahme an dem Projekt „Lernfabrik 4.0“.

Der soziale Wohnungsbau muss auch im Rems-Murr-Kreis wieder auf die Tagesordnung kommen, denn der Rems-Murr-Kreis ist auch bei den Mieten Spitze. Unter den miet-teuersten 30 Städten in Deutschland ist der Rems-Murr-Kreis viermal vertreten: Mit Fellbach, Waiblingen, Weinstadt und Winnenden. Wir brauchen dringend bezahlbare Mietwohnungen, nicht nur für Flüchtlinge. Hier kommen große Aufgaben auf den Landkreis und die Kreisbau zu. Das muss vorbereitet werden. Auch hierzu werden wir einen Antrag stellen.

Die Sozial- und Jugendhilfe macht mit 237 Mio. € knapp 50% des Kreishaushaltes aus. Die Finanzierungsanteile von Bund und Land sind gering. Dem Rems-Murr-Kreis verbleibt im kommenden Jahr ein Nettosozialaufwand von 155 Mio. Euro und damit ca. 15 Mio. Euro mehr als für dieses Jahr eingeplant war. Mit der enormen Herausforderung der Hilfen für Flüchtlinge, dürfen die eigentlichen Hilfen im sozialen Bereich aber nicht in den Hintergrund geraten.

Einige Themenfelder möchte ich exemplarisch nennen:

- Die Aufwendungen in der Eingliederungshilfe steigen stetig. Die Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen benötigen unsere Hilfe. Die geplante Reduzierung von stationärer Heimunterbringung, mehr dezentraler und ambulanter Hilfeangebote, sowie die Umsetzung von Inklusionskonzepten gibt es nicht zum Nulltarif. Wir hoffen hier auf das angekündigte Bundesleistungsgesetz mit neuen Finanzierungsregelungen zur Entlastung der Kommunalfinanzen.
- Die Anzahl der älteren und pflegedürftigen Menschen nimmt kontinuierlich zu. Immer mehr Menschen sind trotz großer Lebensleistung im Alter arm und benötigen Unterstützung. Und immer mehr Menschen benötigen im Alter auch Pflege. Das können die Kreise auf Dauer nicht stemmen. Hier ist die große Koalition in Berlin gefordert. Eine grundlegende Rentenreform und eine Pflegereform muss die Voraussetzungen schaffen, dass die Kommunen mit diesen Problemen nicht im Stich gelassen werden.
- Wir haben im Rems-Murr-Kreis einen vielfältigen und beschäftigungsintensiven Branchenmix an Betrieben. Trotzdem sind mehr als 2.500 Menschen im Rems-Murr-Kreis langzeitarbeitslos. Leider hat die letzte Schwarz-Gelbe Bundesregierung bei den Fördermitteln für Langzeitarbeitslose kräftig „kahlgeschlagen“ und die Große Koalition hat keinen Ersatz geschaffen. Wir hoffen darauf, dass das baden-württembergische Modellprojekt unserer früheren Kreistagskollegin, Frau Ministerin Altpeter, mit dem Passiv-Aktiv-Tausch (PAT-Modell) im Bund ankommt. Dadurch könnten wir all den arbeitslosen Menschen sinnvolle Arbeitsplätze finanzieren. Es gibt genügend unerledigte Arbeit, vor allem im gemeinnützigen und sozialen Bereich und kluge Konzepte zu einer öffentlich geförderten Beschäftigung.

Wir freuen uns, dass Landrat Dr. Sigel ein klares Bekenntnis zu unserer Verantwortung als Landkreis für die erforderlichen sozialen Hilfen im Rems-Murr-Kreis abgegeben hat. „Sparen darf man nicht auf dem Rücken derer, die auf unsere Hilfe angewiesen sind“, sagten Sie, Herr Landrat Dr. Sigel bei ihrer Haushaltrede. Ein Risiko sehen wir - wie in den vergangenen Jahren auch - dass die Planansätze in Teilbereichen zu knapp kalkuliert sind. Sicher mit Blick auf die Kreisumlage. Eine Entlastung erhalten wir nur mit einer grundlegend neuen Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir viele Bereiche der Sozialpolitik nur mit dem Vorbildlichen Einsatz vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer aufrechterhalten können. Ihnen allen gilt unser Dank. Das Sozialdezernat, Frau Dr. Längle-Sanmartin und Ihr Team, leisten hier eine hervorragende Arbeit.

Bei all diesen Themen geht es immer um die Bürgerinnen und Bürger aus unseren 31 Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis, für die wir als Landkreis gesetzlich zuständig sind, wenn sie Anspruch auf die erforderlichen Hilfen haben oder in Not sind. Der Kreis nimmt nicht nur von den Kommunen Geld sondern er entlastet auch die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Mit den Rems-Murr-Kliniken in Winnenden und Schorndorf ist der Landkreis hervorragend aufgestellt. Eine Klinik, die Medizin auf höchstem Niveau anbietet, mit guten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Viele andere Kreise beneiden uns um diese Häuser. Wir haben eine ganze Reihe neuer medizinischer Abteilungen und eine hervorragende technische Ausstattung. Insgesamt eine erstklassige Qualität. Leider bleibt die finanzielle Belastung trotz ursprünglich gegenteiliger Annahmen auch in den nächsten Jahren enorm. Nach dem neuen Krankenhausstrukturgesetz, das vor allem dazu dienen soll Kapazitäten, also Betten abzubauen, werden die Honorare nach der Qualität der Kliniken bemessen. Hohe Qualität und Standards bringen hohes Honorar.

Dass die Komplikationen beim Bau zu Bauverzögerungen und zu höheren Baukosten führten, war noch nachvollziehbar. Dass aber die Kosten und Erträge im laufenden Betrieb derart von den ursprünglichen und zur Entscheidungsfindung relevanten Berechnungen abweichen, das hat uns geschockt. Wir haben auf diese Berechnungen der Wirtschaftsexperten, die wir auch immer kritisch hinterfragt haben, vertraut.

Das Einsetzen einer neuen Klinikleitung war aus jetziger Sicht richtig. Es konnten schon nennenswerte Verbesserungen realisiert und die Arbeitsstrukturen optimiert werden. Klar muss der neuen Leitung aber auch sein, dass eine Steigerung der Erträge nicht auf Kosten des Personals und der Qualität erfolgen dürfen. Die Patientenzahlen steigen erfreulich an. Hoffen wir, dass die Prognosen dieses Mal stimmen. Die Neuorganisation der Notfallambulanz und damit die engere Verzahnung mit der hausärztlichen Notfallpraxis, trägt nun hoffentlich zur Verbesserung der Abläufe und zur finanziellen Entlastung bei.

Die Flüchtlingskrise stellt uns vor große Aufgaben. Nicht nur die Unterbringung, sondern auch die Integration muss organisiert werden. Davon werden Kitas, Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Wohnraum usw. betroffen sein. Der Landkreis und die Gemeinden müssen dies für den Bund organisieren. Und Sie machen es gut und solidarisch. Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit und Teil unserer gesellschaftlichen Werte, dass wir helfen. Wir sehen das aber auch als eine Chance für unsere Gesellschaft.

Bedanken wollen wir uns bei allen Haupt- und Ehrenamtlichen im Landkreis. Ohne sie wären die augenblicklichen Aufgaben nicht zu stemmen. Unser Dank gilt auch der Polizei, dem Roten Kreuz, der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, all den Hausmeistern, den Kirchen und den muslimischen Gemeinden, die hier sehr viel für uns alle tun. Herzlichen Dank auch an die Kreisbau und die RMIM, deren Mitarbeitende unermüdlich dabei sind Unterkünfte zu schaffen.

Das Recht auf Asyl ist ein unveräußerliches Recht aus dem Grundgesetz, das mit gutem Grund geschaffen wurde. Für Zuwanderer, die nicht politisch verfolgt werden, ist das Asylrecht jedoch eine Sackgasse. Was fehlt, und was dringend geschaffen werden muss, ist ein Einwanderungsgesetz. Durch die demographische Entwicklung brauchen wir die Zuwanderung von Fachkräften. Nur so können wir unsere Sozialsysteme und unsere Wirtschaftskraft erhalten. Wir dürfen uns nicht treiben lassen – wir müssen handeln. Im 2. Asylkompromiss im Oktober wurden Grundlagen geschaffen, wie es weiter gehen soll. Die Umsetzung zieht sich hin und die Bundesregierung ist sich da leider nicht einig. Das ist bedauerlich, denn hier ist Handeln angesagt. Aber es gibt hier keine schnellen Lösungen, die Ursachen sind zu komplex und auch Europa ist sich hier nicht einig.

Zu den viel bemühten Fluchtursachen:

- Es sind oftmals Kriege, die auch mit deutschen Waffen geführt werden. Wir sind Waffenexportweltmeister.
- Es gibt verbrecherische und menschenfeindliche Regime, die wir Europäer, auch wir Deutschen, gewähren lassen.
- Arbeitsmärkte die zusammen brechen, weil wir lieber Banken retten als uns um die Menschen zu kümmern.
- Ökologische Katastrophen, weil ein ungezügelter Kapitalismus den Profit vor den Lebensraum von Menschen stellt.

Wir verstehen, dass die Menschen bei uns im Kreis auf Grund der großen Anzahl von Menschen die zu uns kommen, Ängste und Bedenken haben. Wie das „wir schaffen das“ gelingen kann, darüber muss man sprechen.

Brandanschläge wie in Weissach i. T., Gewalt gegen Menschen, verbale Beschimpfungen und Beleidigungen gegen Flüchtlinge, Helferinnen und Helfer sind inakzeptabel, kriminell und ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Wer als „guter Bürger“ mit menschenverachtenden Rechtsradikalen mitläuft, mitdemonstriert, handelt wie Herr Biedermann bei „Biedermann und die Brandstifter“ (Max Frisch) und macht sich mitschuldig. In unserem Grundgesetz steht „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, und das gilt nicht nur für die deutschen Menschen.

Lange war unklar, wer die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge übernimmt. Wir sind der Grün-Roten Landesregierung dankbar, dass sie die Spitzabrechnung zugesagt hat. Das bringt erhebliche Entspannung für unseren Haushalt. Eine große Entlastung wäre aber vor allem, wenn die Asylverfahren, wie von der Bundesregierung zugesagt, wirklich beschleunigt würden. Und die Gesundheitskarte für Flüchtlinge würde bürokratische Hindernisse abschaffen.

Mit Interesse verfolgen wir die Entwicklung im Kreishaushalt, der sich seit der Einbringung positiv verändert hat. Voraussichtlich werden etwa 13,2 Mio. € mehr zur Verfügung stehen als gedacht. Unserer derzeitigen Kenntnis nach liegen Anträge in Höhe von ca. 1,5 Mio € vor. Diese Situation wäre eine gute Gelegenheit, das Defizit bei den Klinken zu reduzieren, denn das würde zukünftige Haushalte entlasten.

Wir wissen, dass auch die Kommunen viele kostenintensive Aufgaben bewältigen müssen. Deshalb könnte ein Teil der Verbesserungen auch zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden. Zunächst wollen wir aber die Entscheidungen in den Ausschüssen abwarten.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes und Ihnen, meine Damen und Herren für Ihre Aufmerksamkeit.

Willi Halder